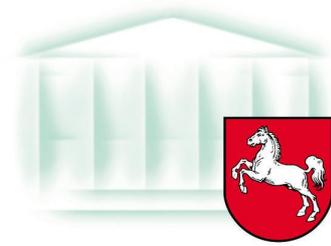


**Sabine Tippelt**  
Abgeordnete des Niedersächsischen Landtages



**Sabine Tippelt**  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover

+49 – (0) 511 3030 – 3095  
[sabinetippelt@aol.com](mailto:sabinetippelt@aol.com)

**02. September 2013**

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach dem, wie ich finde, überaus gelungenen und schönen **Sommerfest** unserer Fraktion und unseres Landesverbandes haben wir die erste Plenarwoche nach der Sommerpause hinter uns gebracht. Gleichzeitig waren es die letzten Plenartage vor der Bundestagswahl. Mit Peer Steinbrück haben wir den besseren Kandidaten und die besseren Antworten auf die Fragen unserer Zeit. Deshalb werden wir in den letzten Wochen vor der Wahl am 22. September aktiv und engagiert mithelfen, unsere Wählerinnen und Wähler zu überzeugen und zu mobilisieren. Peer Steinbrück ist der bessere Kanzler für Deutschland und unser Programm für die Bundestagswahl gibt eine Alternative zu Stillstand und Untätigkeit der Regierung Merkel vor.

Mir und vielen Genossinnen und Genossen hat unser **Deutschlandfest am 17./18. August in Berlin** deutlich gezeigt: Unsere Partei ist eine starke Gemeinschaft, auch und gerade nach 150 Jahren Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, die SPD mobilisiert und begeistert, unsere kraftvolle und traditionsreiche Sozialdemokratie kann vor allem viele andere Menschen von sozialdemokratischer Politik überzeugen. Wir selbst haben es alle erlebt, als wir in Niedersachsen für den Regierungswechsel gekämpft haben: Einigkeit macht stark, und wir können die Wählerinnen und Wähler für uns gewinnen, indem wir uns auf unsere Stärken konzentrieren und Fragen der sozialen Gerechtigkeit in den Mittelpunkt rücken. Lasst uns in den kommenden Wochen engagiert Wahlkampf führen, denn auch für uns in Niedersachsen hängt viel, sehr viel vom Ausgang der Bundestagswahl ab! Lasst uns gemeinsam streiten und kämpfen, dann schaffen wir auch im Bund den Wechsel wie bei uns in Niedersachsen.

***Unser Europa-Politiker Martin Schulz im Landtag***

Am Mittwochabend war **Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, auf Einladung des Landtagspräsidenten zu Gast im Landtag**. Natürlich liegt unser Augenmerk derzeit auf der Bundestagswahl am 22. September. Doch bereits im nächsten Jahr, am 25. Mai 2014, findet die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Dabei geht es erneut um eine Stärkung des Europäischen Parlaments, es geht aber auch um die Gestaltung und den weiteren Ausbau eines solidarischen und demokratischen Europas, einem sozialen Europa. Ich freue mich deshalb sehr darüber, dass wir als SPD-Fraktion an diesem Abend mit einer hohen Präsenz ein Zeichen dafür gesetzt haben, dass für uns die

# **Niedersächsischer Landtag**

## **Abgeordnete Sabine Tippelt**

europäische Politik eine zentrale Bedeutung hat. Martin Schulz hat mit seinem Vortrag zum Thema „Europa im 21. Jahrhundert“, die Zuhörerinnen und Zuhörer – fraktionsübergreifend – begeistert. Seine Ausführungen zur Zukunft der EU, der Notwendigkeit, sie zu stärken und seine Idee zu einem europäischen Solidaritätsprinzip haben allen Anwesenden bewiesen, welch ein hervorragender Parlamentspräsident und Politiker Martin Schulz ist.

### ***Unsere Themen im Plenum***

#### **1. Missbrauch von Werkverträgen bekämpfen!**

Die Arbeitsbedingungen und die Lebens- und Wohnsituation von Werkvertragsarbeitnehmerinnen und – Arbeitnehmern hat die Berichterstattung und die Debatte in der Sommerpause bestimmt. Unser Entschließungsantrag gibt hierauf erste Antworten.

Das Thema ist komplex. Es eignet sich deshalb nicht für übereiltes Handeln. Es geht nicht nur um Standards beim Wohnen, sondern auch um gerechten Lohn und um ungesetzliche Methoden wie die Verrechnung von Kindergeld. Es geht um eine Meldepflicht für Werkvertragsbeschäftigte und um Mitbestimmung der Betriebsräte. Und es geht auch darum, die Finanzkontrolle Schwarzarbeit und die Staatsanwaltschaften zur Bekämpfung solcher Wirtschaftskriminalität und der Auswüchse zu verstärken, um Missbrauch und Straftaten schneller aufzudecken und zu ahnden.

#### **2.NPD-Verbotsverfahren**

Mit dem Antrag „Rechtsextremismus auf allen Ebenen bekämpfen - NPD-Verbotsverfahren konsequent vorantreiben“ unterstreichen wir, was wir seit Jahren politisch fordern. Wir sind aber nicht naiv. Wir wissen um die Möglichkeit und Gefahr der Reorganisation in neuen und anderen Strukturen. Dieses Verbotsverfahren ist aber ein wichtiger Schritt bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus und wäre ein klares und starkes Signal unserer Demokratie.

Zentral ist und bleibt aber die Stärkung der Zivilgesellschaft. Yasemin Karakaşoğlu und Thomas Oppermann, in ihrer Funktion als Mitglieder im Kompetenzteam von Peer Steinbrück, haben Anfang August einen Masterplan gegen Rassismus und Rechtsextremismus vorgestellt: „Zivilgesellschaftliches Engagement muss an der Basis gestärkt werden, damit nicht Rassismus und Rechtsextremismus, sondern ein tolerantes und demokratisches Miteinander entstehen kann.“ Als Maßnahmen schlagen sie unter anderem die Verstärkung der Finanzierung für Programme gegen Rechtsextremismus, effizientere Programmstruktur durch eine zentrale Regiestelle zur Qualitätskontrolle und Begegnungsprojekte vor.

#### **3.Bildungspolitik**

Unsere Landesregierung hat bei ihrer Haushaltsklausur im Juli eine klare Priorität im Bildungsbereich gesetzt. Mit der Verdreifachung der Mittel für Ganztagschulen setzen wir einen klaren Schwerpunkt in der Bildungs- und Familienpolitik. Diese Leistung kann nur durch Umschichtungen auch im Bildungsetat gelingen und geht einher mit der Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung bei Gymnasiallehrern. Vor dem Hintergrund der Veränderungen und Verbesserungen im Bildungssystem ist dieser Schritt mutig, richtig und verantwortbar. Damit beginnen wir, die Versäumnisse der ehemaligen CDU/FDP-Landesregierung aufzuarbeiten. Hier ein Link zu den Fakten auf der Homepage der Staatskanzlei:

[http://www.stk.niedersachsen.de/download/78957/Zukunftsoffensive\\_Bildung\\_-\\_Praesentation.ppt5](http://www.stk.niedersachsen.de/download/78957/Zukunftsoffensive_Bildung_-_Praesentation.ppt5)

# **Niedersächsischer Landtag**

## **Abgeordnete Sabine Tippelt**

### **4. Inklusion**

Wir haben als SPD-Landtagsfraktion dieses Thema bei unserer gemeinsamen Klausur im April zu einem unserer Schwerpunkte gemacht. Es gibt über die UN-Konvention eine rechtliche Verpflichtung „zur Inklusion“. Aber: Wir diskutieren Inklusion nicht unter dem Gesichtspunkt „Wir müssen Inklusion machen, weil es die UN-Konvention so vorschreibt“. Wir diskutieren es, weil es dem „sozialdemokratischen Gesellschafts- und Menschenbild“ entspricht. Ziel sozialdemokratischer Politik war und ist gesellschaftliche Emanzipation und Partizipation, den einzelnen Menschen in die Lage zu versetzen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Das ist unser Antrieb, die „Inklusive Gesellschaft“ auf die politische Tagesordnung zu setzen. Die Umsetzung ist ein langwieriger Prozess. Und wir sind gut beraten, mit Sorgfalt und Geduld dieses Thema zu bearbeiten. Wir sind aber auch gehalten, in eigenen Bereichen mit gutem Beispiel voranzugehen. Der Landtag sollte Vorreiter werden. Der Entschließungsantrag „Auf dem Weg zu einem inklusiven Niedersachsen – Landtag geht mit gutem Beispiel voran“ ist der erste Schritt.

### **5. Nachhaltige Haushaltskonsolidierung mit gerechter Steuerpolitik**

In den zurückliegenden zwei Wochen haben wir eine Debatte auch zu den steuerpolitischen Vorschlägen unserer Partei erlebt, teilweise auch von uns angestoßen. Ich will das an dieser Stelle betonen: Steuererhöhungen gehören nicht zu den programmatischen Zielen unserer Partei, sie sind allerdings ein Instrument, unsere Ziele umzusetzen. Wir wollen ein starkes und solidarisches Gemeinwesen mit einem handlungsfähigen Staat, der in der Lage ist, Zukunftsaufgaben wahrzunehmen und zu gestalten. Hierzu gehört auch eine vernünftige finanzielle Ausstattung der staatlichen Ebenen und davon kann derzeit nicht die Rede sein. Der vorliegende Antrag unterstreicht das.

### **6. Autobahn A7/ÖPP**

In der *Dringlichen Anfrage* haben wir das Thema „A7/ÖPP“ aufgegriffen. Der Bundesverkehrsminister setzt sich über alle Warnungen hinweg und will sein finanzpolitisch und sicherheitstechnisch gefährliches Modell der privaten Finanzierung für den Ausbau dieses Autobahnteilstücks mit aller Gewalt durchdrücken. Er missachte bewusst die Hinweise des Bundesrechnungshofes, der schon vor Monaten ausgerechnet hat, dass ein konventioneller Ausbau unter Beteiligung der niedersächsischen Landesstraßenverwaltung gut 25 Millionen Euro günstiger sei als das von Ramsauer gewünschte Modell der privaten Finanzierung. Wir haben die Dringliche Anfrage genutzt und die Politik des Bundesverkehrsministers kritisch hinterfragt.

### **7. Salzgitter AG**

Wir wissen um die Bedeutung der Salzgitter AG für das Land Niedersachsen und für die Region. Die finanziell schwierige Lage der Salzgitter AG muss schnell überwunden werden. Die SPD-Landtagsfraktion steht hierbei an der Seite der Landesregierung. Das Restrukturierungsprogramm „Salzgitter AG 2015“ wird bereits nächsten Monat im Aufsichtsrat der Salzgitter AG erörtert. Unser Finanzminister Peter-Jürgen Schneider wird dann auch den Ausschuss für Haushalt und Finanzen informieren. Dieses Vorgehen ist transparent, gesetzeskonform und aktienrechtlich einwandfrei.

### **8. Der Fall des Staatssekretärs Paschedag**

Diese Angelegenheit beschäftigte das Parlament sowohl am Mittwoch – im Rahmen der „Aktuellen Stunde“ – als auch am Donnerstag. Nachdem unser Ministerpräsident Stephan Weil am Donnerstagvormittag von einem offensichtlich falschen Aktenvermerk des

## **Niedersächsischer Landtag**

### **Abgeordnete Sabine Tippelt**

Staatssekretärs Paschedag erfahren hat – in dem dieser behauptete, der Ministerpräsident hätte ihm einen Audi A8 als Dienstwagen genehmigt – hat er unverzüglich und richtig gehandelt und den Staatssekretär aus dem Dienst entlassen. Dies hat er am Donnerstagnachmittag in einer Regierungserklärung verkündet. Alle anschließenden Versuche und Anschuldigungen der Oppositionsfraktionen, darin eine persönliche Verfehlung des Landesvaters selber zu entdecken, laufen ins Leere, weil sie schlichtweg falsch sind. Stephan Weil hat in der anschließenden Fragestunde so ausführlich geantwortet, wie wir es zehn Jahre lang von CDU/FDP nicht erlebt haben. Er hat alle Fragen im Bezug auf Paschedags Dienstwagen, Klimaanlage und Besoldung erschöpfend beantwortet und am Freitag offene Antworten nachgereicht. Derzeit fordert die Opposition einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, Akteneinsicht und eine Sondersitzung des Plenums. Natürlich ist das ihr Recht als Opposition und wir als Fraktion werden einem transparenten Verfahren nicht im Weg stehen. Doch insbesondere die von CDU und FDP geforderte Sondersitzung des Parlaments beweist deutlich, dass die sie diese Angelegenheit im Bundestagswahlkampf instrumentalisieren wollen. Ihnen geht es nicht um Aufklärung, sondern um Skandalisierung.